

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 24.01.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Kinder und Jugendförderplan der Stadt Hagen 2007 - 2009
Vorlage: 0030/2007 – **wird als Tischvorlage ausgelegt** -
6. Ferienfreizeiten und Ferienangebote des Fachbereiches Jugend & Soziales
Vorlage: 0003/2007
7. Integrative Erziehungshilfe
Hier: Mündlicher Bericht
8. Drogenhilfe Hagen
Hier: Mündlicher Bericht
9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen
Vorlage: 1041/2006
10. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Maßnahmen im Jahr 2007
Vorlage: 1078/2006
11. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und nimmt zunächst die Vereidigung des neuen Jugendausschussmitgliedes Frau Fatima Calsican vor. Diese vertritt mit Herrn Traut zusammen die Interessen der Hagener Jugendräte.

2. Mitteilungen

Herr Strüwer entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Dr. Schmidt, der anderweitige dienstliche Verpflichtungen hat.

Herr Steuber weist auf eine Veranstaltung mit dem Titel „Ahnungslose Opfer/Sexuelle Gewalt in den Chaträumen des Internets“ hin. Einige Fleyer zu dieser Veranstaltung seien ausgelegt worden.

Anschließend stellt er Frau Versteeg-Schulte als Nachfolgerin von Herrn Machatschek vor.

Weiterhin informiert er über einen „Runden Tisch Bergstrasse“, der in diesen Tagen entstanden sei. An diesem wirke auch die Polizei mit. Dieser beschäftige sich mit dem aktuellen Problem der Ansammlung von bis zu 300 Jugendlichen im Bereich des Kultiopia. Hier sei eine Szene entstanden, die störend auf die Umgebung wirke. Es sei auch zu Straftaten gekommen. Bei den Jugendlichen handele es sich nicht um Besucher des Kultiopias.

Er freut sich, dem Ausschuss mitteilen zu können, dass der Kinderschutzbund mit seinem Konzept „Mehrgenerationenhaus“ vom Ministerium aus vier Bewerbungen ausgesucht worden sei. Dies sei für Hagen ein großer Gewinn.

Der Fachbereich Jugend & Soziales habe den Auftrag gehabt, zum Thema „Flächendeckende Einrichtung von Familienzentren in Hagen“ bis zum 31. Dezember 2006 einen Vorschlag zu unterbreiten. In der letzten Woche habe zu diesem Thema ein Fachtag mit allen beteiligten Trägern stattgefunden. Daraus hätten sich noch Arbeitsaufträge ergeben. Man habe vereinbart, dass eine ganze Reihe von sozialräumlichen Daten der Angebotsformen in den Kindergärten noch ausgetauscht werden müssen. In der Folge bedeute dies, dass es eine Verzögerung hinsichtlich der zukünftigen Kindergartenbedarfsplanung geben werde. Er bittet um Verständnis, dass die entsprechende Vorlage erst kurz



nach der Sommerpause 2007 vorgelegt werde. Diese Zeit werde noch benötigt.

Herr Strüwer möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass man in den vergangenen Jahren mehrmals unter Zeitdruck geraten sei. Er bittet, mit der Vorlage nach der Sommerpause schon Ergebnisse für das Kindergartenjahr 2008/2009 zu präsentieren.

Herr Goldbach macht die erfreuliche Mitteilung, dass man mittlerweile im vierten Jahr in der Förderung „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ sei. Eigentlich sollte dieses Programm auslaufen, aber das Bundesministerium fördere das Projekt LOS für ein weiteres Jahr. Es sei wie bisher eine 100% Förderung. Damit könne man weiterhin in Altenhagen und Vorhalle kleinere Projekte bis zu 10.000 € fördern.

Herr Fischer weist auf die ausgelegte Broschüre mit Angeboten für Ferienfreizeiten hin.

Frau Burghardt richtet ihren Dank an die Stadt Hagen. Sie bietet anderen Organisationen im Zusammenhang mit dem Mehrgenerationenhaus eine besondere Kooperation an.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Caliscan informiert darüber, dass der Jugendrat NRW am 12.01.07 zum ersten Mal in Düsseldorf im Ministerium für Generationen getagt habe. Sie habe bei dieser Veranstaltung zusammen mit Frau Seefeld die Stadt Hagen vertreten.

4. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet über die Aktivitäten des Bündnisses für Familien. Die Ausführungen sind der Niederschrift als **Anlage zu TOP 4** beigefügt.

Herr Strüwer wünscht sich, dass das Logo, das Kindern in Notsituationen Hilfe anbietet, an jeder Tür des Einzelhandels und anderer Institutionen zu finden sei. Dies sei ein wichtiger Schritt in die Richtung kinder- und familienfreundliche Stadt Hagen.



5. **Kinder und Jugendförderplan der Stadt Hagen 2007 - 2009**
Vorlage: 0030/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvorlage gibt. Diese sei jedoch so umfangreich, dass man heute zu keiner Beschlussfassung kommen könne. Daher sei ein weiterer Beratungstermin in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.02.07 vorgesehen.

Herr Steuber stellt fest, dass man mit dem Jugendförderungsgesetz jetzt eine rechtliche Grundlage seit 2005 erhalten habe, die allen Beteiligten Planungssicherheit gebe. Sein besonderer Dank bezüglich der Entstehung dieser Planung in Zusammenarbeit mit den freien Trägern gilt Frau Haack und Herrn Dr. Brauers. Für die Steuerung der Jugendarbeit werde dieses Instrumentarium entscheidend sein.

Herr Goldbach erklärt, dass Grundlage für den Jugend- und Förderplan das Jugendförderungsgesetz sei. Es sei auf Landesebene als drittes Ausführungsgesetz zum SGB VIII beschlossen worden. Im Folgenden erläutert er den Inhalt und Aufbau des Jugendförderungsgesetz (**siehe Anlage zu TOP 5**).

Die gemeinsame Erarbeitung der Ziele des Jugendförderplans Hagen sei in den Arbeitsgemeinschaften erfolgt. Grundlage sei, dass man von einer Budgetkonstanz ausgegangen sei.

Anschließend erläutert er die Inhalte der Vorlage.

Herr Strüwer schlägt vor, in der heutigen Sitzung Informationsfragen zu stellen. Im Vorfeld der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses solle am gleichen Tag um 14.00 Uhr eine Unterausschusssitzung Jugendhilfeplanung stattfinden, in der man intensiver über die Details diskutieren könne.

Herr Fischer möchte als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft I ein Lob an alle Beteiligten aussprechen. Es sei gelungen, mit Verwaltung und Trägern ein gemeinsames Votum zu entwickeln. Es handele sich hier nicht um eine alleinige Vorlage der Verwaltung, sondern um einen gemeinsamen Entwurf aller Beteiligten. Er wünscht sich, dass der vorgeschlagene Zeitplan umgesetzt wird.

Auf Frage von Herrn Decker, nach welchen Kriterien die Summen erstellt worden seien, erklärt Herr Goldbach, dass Grundlage hierfür das auf Basis des Rechnungsjahres 1993 entwickelte Budget gewesen sei. Es wäre vielleicht sinnvoll, in gewissen Abständen zu überprüfen, ob die seinerzeit zugrundegelegte Verteilung noch zutreffend sei.

Herr Decker hält es für sinnvoll, diese Überprüfung vorzunehmen.

Herr Fischer weist auf die in den Jahren vollzogenen Kürzungen des Budgets hin, die schon zu einer Veränderung geführt hätten.



Frau Burghardt macht darauf aufmerksam, dass der Kinderschutzbund keine Jugendverbandsarbeit durchführe. Dies sei in der Vorlage so beschrieben.

Herr Schledorn macht darauf aufmerksam, dass der Kinderschutzbund Mitglied des Stadtjugendringes sei. Dies sei eine Vereinigung der Jugendverbände. Daher sei die Darstellung nachzuvollziehen.

Herr Strüwer bedankt sich bei der Verwaltung für die Einführung. Er stellt den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Vorlage wird als 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Ferienfreizeiten und Ferienangebote des Fachbereiches Jugend & Soziales Vorlage: 0003/2007

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Vorbereitungen der Ferienfreizeiten 2007 zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt gemäß § 6 Abs. 3.7 der Satzung für das Jugendamt vom 24.02.1994 der Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Abwicklung der geplanten Ferienmaßnahmen 2007 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



7. Integrative Erziehungshilfe Hier: Mündlicher Bericht

Frau Versteeg-Schulte sagt ein paar einleitende Worte zu diesem Tagesordnungspunkt und stellt anschließend Frau Vohl und Frau Westkämper aus dem Kindergarten „Am Remberg“ vor, die dem Ausschuss die Inhalte der integrativen Erziehung vorstellen (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Auf die Frage von Herr Schledorn, wieviele Kinder in den städtischen Kindergärten integrativ als behinderte Kinder untergebracht seien und wie die Zusammenarbeit mit anderen Stellen aussehe, wird mitgeteilt, dass es in der Regel bis zu drei Kinder seien und die Zusammenarbeit mit anderen Stellen eng verzahnt sei.

Die Frage von Frau Burghardt nach einer Zusatzausbildung der Mitarbeiter für diese Aufgabe wird in der Form beantwortet, dass Zertifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen durchgeführt würden, um die Mitarbeiter zu qualifizieren.

Herr Strüwer bedankt sich ganz herzlich für den anschaulichen Vortrag und wünscht viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

8. Drogenhilfe Hagen Hier: Mündlicher Bericht

Herr Böringer berichtet über die Arbeit der Drogenhilfe in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 8**).

Bei dem Punkt „Psychosoziale Betreuung“ weist er eindringlich auf das Problem hin, dass für die zur Zeit 305 betreuten Patienten im Rahmen der Substitution zu wenig Ärzte zur Verfügung stehen. Er macht deutlich, dass für den Fall, dass die Zahl der Patienten steige, ein Notfallplan entwickelt werden müsse.

Herr Böringer weist in diesem Zusammenhang auf einen bewegenden Film mit dem Titel „Leben lernen“ hin, der in der Einrichtung an der Bergstraße geliehen oder zum Preis von 30,- € käuflich erworben werden kann.

Abschließend freut er sich, mitteilen zu können, dass der Landtag heute beschlossen habe, keine weiteren Kürzungen in dem Bereich vorzunehmen.

Herr Hansel wünscht sich, dass die in dem Bericht genannten Zahlen vergleichbar wären. Es wäre sinnvoll, wenn man die Fließbewegungen in dieser Entwicklung auch über Jahre hinweg vergleichen könne. Er bittet für den nächsten Bericht, die Zahlen aus dem Vorjahr aufzuführen.

Herr Strüwer unterstützt die Anregung von Herrn Haensel und bedankt sich für den Bericht.



9. Integrationskonzept für die Stadt Hagen Vorlage: 1041/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer sagt ein paar einleitende Worte zu der Vorlage.

Herr Gebauer bedankt sich für die ausführliche Vorlage. Als Akteur in diesem Bereich möchte er jedoch darauf hinweisen, dass im Bereich Integration und Migration eine stetige Entwicklung stattfindet. Im Themenfeld „Migrationsberatung der freien Träger“ sei das Diakonische Werk zitiert worden, dass sich die Migrationsberatung bezogen auf die Landesförderung verändern werde. Dies sei inzwischen vollzogen. Alle Tätigkeiten, die aus dem Land heraus finanziert würden, seien in eine Integrationsagentur eingebunden.

Die Tätigkeiten dürften nur noch von der Integrationsagentur durchgeführt werden. Das hieße, dass Personen, die sich über drei Jahre in der Bundesrepublik aufhielten, keine Beratungsstelle mehr fänden. All das, was die Verbände jetzt anbieten, sei aus Eigenmitteln finanziert.

Das Landesprojekt „Komm IN NRW“ sei ein sehr gutes Beispiel einer funktionierenden Vernetzung aller in diesem Bereich Tätigen.

Er halte die Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Hagen für erstrebenswert. Er glaube jedoch nicht, dass das bis zum Ende des Jahres zu schaffen sei. Wenn man anpeile, zum Ende des Jahres einen Zwischenbericht zu präsentieren, halte er das für ein realistisches Ziel.

Herr Steuber hält den Hinweis auf das Landesprojekt „Komm IN NRW“ für wichtig. Er wünsche sich, dass dieses Projekt weitergehe und in eine regelhafte Organisationsform überführt werden könne.

Die Verwaltung habe den gesamten Auftrag so verstanden, dass er als Prozess angelegt sein solle. Impulse sollten ein Workshop am 10.03.07 und eine geplante Integrationskonferenz sein.

Herr Strüwer erklärt, ihm sei beim Lesen der Vorlage aufgefallen, dass es die angesprochenen Maßnahmen in Hagen schon gegeben habe. Diese würden jetzt aus einer Sparkassenspende fortgeführt. Wenn man die aufgeführten Maßnahmen mit Kontinuität betreiben wolle, koste das viel Geld. Wenn die Integrationsarbeit ein Schwerpunkt in Hagen sein solle, müsse man sehen, wie das zu finanzieren sei.

Herr Schledorn ist der Meinung, dass die Stadt diese Aufgabe aus Gründen der Zukunftsfähigkeit durchführen müsse.

Herr Decker schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er betont, dass seines Erachtens Integration bei der Sprache anfangs insbesondere bei Kindern sei das Erlernen der deutschen Sprache ein ganz wichtiger Beitrag zur Integration.



Herr Fischer möchte darauf aufmerksam machen, dass auch konkret im Offenen Ganztage ganz viel Integrationsarbeit geschehe. Er hält es für sinnvoll, diejenigen, die schon in den Integrationsprozess eingebunden sind, zu bitten, bei ihren Landsleuten, die zurückhaltend auf die Angebote reagieren, Überzeugungsarbeit zu leisten.

Herr Dücker ist der Meinung, dass nicht alles mit Geld zu leisten sei. Er regt an, die Kraft der schon integrierten Migranten zu nutzen. In diesem Zusammenhang sei auch die Kulturarbeit sehr bedeutsam und könne einen wichtigen Beitrag besonders in den gefährdeten Stadtteilen leisten.

Herr Steuber erklärt abschließend, dass die Verwaltung den Auftrag vom Rat für ein umfassendes Integrationskonzept erst vor wenigen Monaten erhalten habe. In der Vorlage habe man sich aufgrund des knappen Zeitrahmens darauf beschränkt, den möglichen Weg und die Methode des Integrationsprozesses zu beschreiben. Er hält die Anregung für wesentlich, über gelungene Integrations-erfolge neue Wege zu beschreiten. Es sei eine Aufgabe, herauszustellen, wieviel Integration in diesem Land erfolgreich gestaltet worden sei.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag in allen Punkten zusammen zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept so wie in der Vorlage beschrieben unter Beteiligung der Migranten und gesellschaftlicher Gruppen zu entwickeln. Hierzu wird im Frühjahr 2007 eine Integrationskonferenz durchgeführt.
2. Die folgenden bereits laufenden bzw. kurzfristigen Maßnahmen werden im Jahre 2007 fortgeführt:
 - Fortführung der „Rucksack“ Sprachförderprogramme mit einem Zuschussbedarf von 25.000 €.
 - Fortführung der Komm-In Maßnahme durch Aufstockung des VHS-Budgets um 15.000 € (Teilfinanzierung).
 - Durchführung von zusätzlichen 630 Stunden Sprachförderkursen für Zielgruppen, die nicht durch die Integrationskurse erreicht werden (Kosten: 15.000 €).
 - Die VHS wird beauftragt, im Rahmen der vorhandenen Mittel Fortbildungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz für städtische Mitarbeiter / -innen anzubieten.

Zur Finanzierung der o.g. Maßnahmen werden vorhandene Mittel der Sparkassenspende eingesetzt.
3. Das Integrationskonzept wird dem Rat bis Ende 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Maßnahmen im Jahr 2007
Vorlage: 1078/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer sagt einleitend zu der Vorlage, dass es für diesen Ausschuss besonders interessant sei, zu durchleuchten, ob es Einrichtungen der Jugendarbeit gebe, die in 2007 dringend saniert werden müssten.

Bei der für den gesamten städtischen Bereich beigefügten Liste der zu sanierenden städtischen Gebäude sei für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe für 2007 und 2008 keine Position benannt.

Für das Jugendzentrum Emst sei zwar die Sanierung als Maßnahme aufgeführt. Diese sei allerdings nicht in der aktuellen Finanzplanung zu finden.

Herr Klinkmann stellt sich als Mitarbeiter des Fachbereiches Wohnen, Immobilien und Sonderprojekte vor und erläutert die Systematik der Vorlage.

Herr Goldbach äußert sein Erstaunen darüber, dass das Kultioptopia nicht aufgeführt sei, da der Fachbereich Jugend & Soziales den dortigen Sanierungsbedarf insbesondere wegen der maroden Fenster mehrfach angemeldet habe.

Herr Rosga weist darauf hin, dass der benötigte Betrag der zu sanierenden städtischen Gebäude bei ca. 89 Millionen Euro liege. Bei dieser Größenordnung könnten sich die Prioritäten insgesamt verschieben. Man habe jetzt versucht, die Maßnahmen in eine diskutabile und greifbare Form zu bringen. Es sei daher durchaus möglich, dass aus Sicht der Betroffenen wichtige Maßnahmen, aber aus Sicht der Gebäudewirtschaft nicht ganz so drängende Maßnahmen erst einmal in dieser Liste nicht auftauchten.

Diese Liste „lebe“ und man werde sicher in weiteren Diskussionsrunden zu weiteren Ergebnissen kommen. Der Ausschuss habe die Möglichkeit, über einen Beschluss auf besondere Dringlichkeiten hinzuweisen.

Herr Strüwer schlägt vor, den Beschlussvorschlag um einen dritten Punkt bezüglich der Sanierung des Jugendzentrums Emst und Kultopias zu erweitern.

Auf die Frage von Herrn Dücker nach der Renovierung des Kindergartens Quambusch antwortet Herr Rosga, dass die Gebäudewirtschaft zur Zeit die Erkenntnisse eines Gutachtens bezüglich des Zustandes des Gebäudes und denkbarer Sanierungsmöglichkeiten zusammentrage und diese anschließend dem Fachbereich Jugend & Soziales vorlege.



Herr Strüwer lässt zunächst über die Punkte 1 und 2 und dann über den Punkt 3 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die für das Jahr 2007 vorgesehenen und in der Anlage zur Begründung aufgeführten Maßnahmen im Volumen von 5.783.000 Euro und 8.949.000 Euro, insgesamt also 14.732.000 Euro, sind unverzüglich umzusetzen und spätestens bis zum 31.03.2008 abzuwickeln.
3. *Der Fachbereich Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte (23) wird gebeten, zu überprüfen, inwieweit die dringlichen Sanierungsmaßnahmen beim Kultopia und im Jugendzentrum Ernst schon im Jahr 2007 realisiert werden können.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Frau Köppen nimmt Bezug auf den Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung 2005 des Rechnungsprüfungsamtes, dem zu entnehmen sei, dass im Bereich der Budgetkontrakte der Kinder- und Jugendarbeit zum dritten Mal in Folge Budgetgewinne erzielt worden seien. Sie möchte wissen, wie diese erzielt werden konnten und was mit diesen passiert sei.

Herr Goldbach erklärt, dass man in der Personalkostenbewirtschaftung erfolgreich gewesen sei. Man habe bei der Refinanzierungsquote von Personalkosten im Bereich der Akquirierung von Drittmitteln gute Erfolge erzielt. Teilweise seien aber auch Leistungen zurückgefahren oder auf freie Träger übertragen worden.

Die Gewinne würden in Kinder- und Jugendarbeit investiert.

Frau Opitz-Hildebrand möchte auf eine Problematik im Zusammenhang mit der durchzuführenden Sprachstanderhebung der 4-jährigen hinweisen. Es handele



sich um 1316 Kinder, die an dieser Untersuchung teilnahmen. Davon besuchten 626 Kinder keine Kindertagesstätten in Hagen.

In der Stufe 1 würden 1316 Kinder von 2 Personen in 4 Gruppen getestet. Dies sei ein enorm hoher Aufwand. In einer zweiten Stufe würde in 20% der Fälle ein Einzelscreening durchgeführt. Bei einer Empfehlung an die Eltern von ca. 600 Kindern zum Besuch einer Kindertagesstätte, könne man damit rechnen, dass 400 Kinder angemeldet würden. Sei die Platzkapazität dafür vorhanden? In der Einrichtung müssten dann auch Sprachkurse angeboten werden. Dies werde zu Problemen führen.

Herr Strüwer schlägt vor, diese Problematik in der nächsten Sitzung als eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Herr Fischer erklärt, dass es bei der Konferenz der Starter-Schulen I bis III im Bereich des Offenen Ganztages Unmut darüber gegeben habe, dass die von den Schulen benötigten Rechnungen der Gebäudewirtschaft nicht vorlägen. Die Stadt laufe dadurch Gefahr, Mittel an das Land zurückzahlen.

Er richtet daher in dieser Sache eine Anfrage an die Gebäudewirtschaft und bittet um Stellungnahme (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Außerdem möchte Herr Fischer wissen, ob es Neuigkeiten im Bereich des VIKZ gebe.

Herr Steuber teilt mit, dass es bisher keinen weiteren Termin im Ministerium gebe.

Frau Burghard nimmt Bezug auf die Vereinbarungen zur Kindeswohlgefährdungen und möchte wissen, wann die modifizierten Verträge übersandt würden, da einige der vorliegenden Verträge so nicht unterzeichnet werden würden.

Herr Steuber weist darauf hin, dass der Vertrag, der den Trägern jetzt übersandt worden sei, dem Stand der Verabredungen entspreche. Im Laufe des anschließenden Prozesses in den nächsten Jahren seien jederzeit Veränderungen möglich. Die jetzt vorliegende Vereinbarung sei von allen Trägern zu unterzeichnen. Andernfalls habe man gemeinsam ein Problem hinsichtlich der Geschäftsbasis, dass dann Kindeswohlgefährdung nicht, wie vom Gesetzgeber verlangt, so vereinbart worden sei, wie sie jetzt vorgeschlagen worden sei.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.55 Uhr